

AUSGABE 01 / FEBRUAR 2026

DIE ROTE FEDER

DAS POLITISCHE MAGAZIN FÜR KRONSTORF



EINE OFFENE EINORDNUNG: ZWISCHEN WIRTSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG UND ÖKOLOGISCHEM WANDEL



Kronstorf steht derzeit im medialen Fokus. Zahlreiche Kronstorferinnen und Kronstorfer haben sich in den vergangenen Monaten mit Fragen zu den Vorgängen rund um das Betriebsbaugelände an uns gewandt. Oft auch, weil die Hintergründe der aktuellen Vorhaben – teils über zwei Jahrzehnte alt – nicht mehr präsent sind und zentrale Informationen zuletzt häufig leider zuerst über die Medien wahrgenommen wurden.

Zwar liegt die offizielle Kommunikation der INKOBA in der Verantwortung des Bürgermeisters als Obmann, dennoch ist es uns ein Anliegen, die bisherigen Entwicklungen nochmals im Zusammenhang darzustellen.

INKOBA?

Die INKOBA (Interkommunale Betriebsansiedlung) ist ein Modell der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in Oberösterreich, bei dem sich die Gemeinden Kronstorf und Hargelsberg 2008 zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Flächen für Gewerbebetriebe zu entwickeln und zu vermarkten. Die Aufteilung erfolgte im Schlüssel 70:30 (Kronstorf:Hargelsberg). Die betroffenen Flächen sind seit den frühen 2000er-Jahren als Betriebsbaugelände gewidmet. 2008 wurde dann der Verkauf einer ersten Teilfläche an Google beschlossen.

Die Ziele waren damals wie heute klar:

- * Arbeitsplätze direkt im Ort: Jungen Menschen eine berufliche Perspektive in der Heimat bieten
- * Weniger Pendlerwege: Jobs vor der Haustür bedeuten mehr Lebensqualität und weniger Verkehrsbelastung.
- * Wirtschaftliche Basis: Kommunalsteuer als Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Gemeindeaufgaben – vom Kindergarten bis zur Infrastruktur

Verantwortung statt Schlagzeilen

2009 haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat geändert. Für uns war jedoch klar, dass wir die Verantwortung für das laufende Projekt weiterhin mittragen werden. Dementsprechend haben wir gemeinsam mit allen Fraktionen strenge Nachhaltigkeitsstandards beschlossen. Dass es erst 2025 zur Einigung mit DM kam, hängt auch damit zusammen, dass wir konsequent auf diese hohen Standards bestanden haben.

Zeitgemäße Maßstäbe

Zwanzig Jahre verändern den Blick auf die Welt. Klimaschutz, Bodenverbrauch und der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen haben heute – völlig zurecht – ein anderes Gewicht als damals. Entscheidungen, die vor zwei Jahrzehnten getroffen wurden, waren ein Abwägen im damaligen zeitlichen und gesellschaftlichen Kontext. Aus heutiger Sicht würde man manches sicher anders gewichten und möglicherweise auch anders entscheiden.

Denn klar ist: Keine Maßnahme, die wir heute setzen, kann sämtliche Eingriffe in die Natur vollständig ausgleichen. Wir wissen, dass in der politischen und medialen Kommunikation manchmal der Eindruck vermittelt werden soll, Ausgleichsmaßnahmen würden automatisch ein „Nullsummenspiel“ herstellen. Das entspricht nicht der Realität, und wir behaupten das auch nicht.

Fakt ist aber, dass wir heute mit einer Ausgangslage arbeiten, deren Grundlage vor vielen Jahren geschaffen wurde. Die aktuelle Situation ist ein weiterer Abschnitt eines langfristigen Vorhabens, das nun in einer völlig anderen Realität weitergeführt wird als der, in der es begonnen hat. Unser Anspruch ist daher: innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen so verantwortungsvoll, transparent und naturverträglich wie möglich zu handeln. Teil dieser Gesamtbewertung ist auch die Zusicherung von rund 400 Arbeitsplätzen, die langfristig regionale Stabilität und neue berufliche Perspektiven schaffen können.

Aktuelles & Abschließendes

Mit dem positiven Baubescheid und der gewerberechtlichen Genehmigung (noch in der Einspruchsfrist) kann der nächste Bauabschnitt des Google-Projekts starten. Das derzeit rohe Bild mit Erdbewegungen und offenen Flächen entspricht nicht dem späteren Zustand; nach Begrünung und Fertigstellung wird sich dieser Eindruck deutlich verändern. Die starke mediale Präsenz der vergangenen Monate zeigt leider einmal mehr, dass Berichterstattung nicht immer den gesamten Kontext abbildet. Das verunsichert. Unserer Meinung nach braucht es daher eine transparente Begleitung des laufenden Prozesses und vor allem einen klaren Fokus auf verlässliche gemeindeinterne Kommunikationswege.

AKTUELLES AUS KRONSTORF



SPIELPLATZ THALING

In unserer Umfrage wurde sehr deutlich, wie sehr der Spielplatz in Thaling vermisst wird. Viele Eltern haben betont, wie wichtig ein wohnortnaher, sicherer Ort für ihre Kinder sei. Ein mögliches Ausweichgrundstück gehört – wie viele bereits wissen – der Diözese und wäre grundsätzlich gut geeignet. Gerade deshalb besteht die berechtigte Hoffnung, dass hier in absehbarer Zeit eine gute Lösung gefunden wird.



NAHVERSORGUNG

Kronstorf ist mit Billa und Spar in der Nahversorgung sehr gut aufgestellt. Die beiden Märkte werden von der Bevölkerung hervorragend angenommen. Dazu kommt ein wirklich breites gastronomisches Angebot in und um Kronstorf. Mit rund 14.000 Nächtigungen pro Jahr zeigt sich, dass Kronstorf auch touristisch eine stabile Rolle spielt. Es ist schön, dass so die Wertschöpfung im Ort bleibt.



RATGEBER MARIE

Der Ratgeber Marie der SPÖ-Frauen erscheint auch 2026 wieder. Er bietet einen kompakten Überblick über viele bekannte gesetzliche Änderungen sowie über Beratungseinrichtungen für Frauen in OÖ. Natürlich sind manche Inhalte – etwa zu Arbeitsrecht und Sozialleistungen – allgemein relevant. Interessierte können die Informationen gerne anfordern. Zudem werden ab Druckfertigstellungen einige Exemplare bei uns aufliegen.



SENIOREN-FRÜHSCHOPPEN

Der Seniorenfrühschoppen findet alle 2-3 Jahre statt und wird von der Gemeinde gemeinsam mit dem Sozialausschuss organisiert. Heuer ist es wieder so weit: Der Frühschoppen ist budgetiert, die Details werden derzeit gemeinsam ausgearbeitet. Anregungen – etwa zu gewünschten Vorträgen oder Themen, die Sie beschäftigen – nehmen wir gerne entgegen. Sobald Termin und Programm feststehen, erfahren Sie Näheres in der Gemeindezeitung.



GEMEINDEFRIEDHOF

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass der Gemeindefriedhof eine klare Aufwertung braucht. Viele Bürgerinnen und Bürger bestätigen das: Ein Ort mit liebevoll gepflegten Gräbern verdient auch ein entsprechend gestaltetes Umfeld.

Der Friedhof hätte großes Potenzial – etwa durch mehr Bäume, naturnahe Bereiche oder sogar Elemente eines Baumfriedhofes, wie ihn andere Gemeinden bereits erfolgreich nutzen. Dazu gehört auch funktionierende Infrastruktur: Ein barrierefreies WC ist gerade für ältere Menschen notwendig, um den Friedhof ohne Stress besuchen zu können.

Uns wurde zugesagt, dass zumindest hier bald eine Lösung präsentiert wird. Wir begrüßen das – abgeschlossen ist das Thema aber erst, wenn die Maßnahmen umgesetzt sind und der Friedhof als Ganzes spürbar gewinnt.

GEMEINSAM

WAS TUT SICH IN DEN ORGANISATIONEN?



ARBÖ KRONSTORF

MICHAEL KAMPENHUBER



E-SCOOTER: WAS SIE WISSEN SOLLTEN ...

E-Scooter bringen Tempo in den Alltag, doch rechtlich und versicherungstechnisch sind sie alles andere als simpel. Laut Gesetz gelten Modelle bis 25 km/h und 600 Watt als Fahrräder – mit entsprechenden Regeln: Radweg ja, Gehsteig nein. **Kinder unter 12 brauchen einen Helm, und Mitfahren ist strikt verboten.**

Ein Urteil des OGH 2024 sorgt für Aufsehen: Ein Unfall auf dem Arbeitsweg mit dem Roller wurde nicht als Arbeitsunfall anerkannt – Roller gelten laut StVO als Trendgeräte, nicht als Verkehrsmittel. Folge: Kein gesetzlicher Versicherungsschutz. Wer regelmäßig fährt, sollte eine private Unfallversicherung abschließen.

Auch Sach- und Personenschäden sind ein Thema: Die Privathaftpflicht deckt Schäden an Dritten, sofern keine Ausschlüsse für E-Scooter bestehen. Für Schäden am Roller selbst – etwa durch Sturz, Diebstahl oder Vandalismus – braucht es eine eigene Kaskoversicherung.

Besonders heikel: Akkubrände. Billig-Ladegeräte und feuchte Lagerung erhöhen das Risiko. Die Haftpflichtversicherung zahlt nur bei Einhaltung der Hersteller- und Versicherervorgaben – Original-Ladegerät ist Pflicht.

Eine StVO-Novelle für 2026 ist in Arbeit: Helmpflicht, technische Standards und strengere Alkoholgrenzen sind im Gespräch. Bis dahin gilt: Regeln kennen, Risiken absichern – und mit gesundem Menschenverstand fahren.



KINDERFREUNDE

SABRINA KLAUSBERGER

Kontakt:
sabrina.klausberger@outlook.com
0664 / 5533310



GRUPPENSTUNDEN

Die ersten beiden Gruppenstunden unserer neuen Kindergruppe für Drei- bis Sechsjährige haben bereits stattgefunden und sind sehr positiv verlaufen. Die Kinder waren mit großer Neugier und viel Freude dabei, haben gemeinsam gespielt, entdeckt und unsere Natur- und Bewegungsangebote ausprobiert. Die Rückmeldungen der Kinder waren super und haben uns wirklich gefreut.

Die Gruppenstunde findet **einmal im Monat, jeweils am zweiten Freitag**, von 15:00 bis 16:30 im ARBÖ-Heim statt. Da wir – wann immer möglich – auch im Freien unterwegs sind, bitten wir darum, den Kindern wetterfeste Kleidung mitzugeben.

Wir freuen uns auf viele weitere lebendige Nachmittage und darauf, gemeinsam mit den Kindern neue Themen und Aktivitäten zu entdecken. Anmeldung bitte unter: 0664/5533310



PENSIONISTENVERBAND

TONI STEINMETZ

NEUAUFSTELLUNG DES PENSIONISTENVERBANDES

Am 29. November wurde der Pensionistenverband Kronstorf–Hargelsberg neu aufgestellt. Ich freue mich sehr, gemeinsam mit Siegfried Hartmann in die neue Führung gewählt worden zu sein. Das Vertrauen der Mitglieder ist für mich ein klarer Auftrag, mich mit voller Kraft für unsere Pensionist:innen einzusetzen.

Mein Dank gilt Helmut Bauer für seine engagierte Arbeit sowie Birgit Gerstorfer, Gottfried Steffan und Christian Schörkhuber für ihren Besuch. Gratulieren darf ich zudem den rund 50 Mitgliedern des Pensionistenverbands, die bei der Jahreshauptversammlung für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt wurden.

Kurz zu mir: Ich bin 1964 in Thaling geboren, gelernter Modelltischler und war viele Jahre als Sekretär in der Produktionsgewerkschaft PRO-GE tätig. Der Einsatz für Menschen und Gerechtigkeit begleitet mich seit jeher.



Der neugewählte Vorstand v.l.n.r. Gertraude Panhuber (Schriftführung), Otto Fajtl (Kassier-Stv.), Siegfried Hartmann (Stv. Vorsitzender), Gottfried Steffan (Bezirksvorsitzender PVÖ-LL), PVÖ-Präsidentin Birgit Gerstorfer, Jürgen Gschwandtner (Kassier), Toni Steinmetz (Vorsitzender), Ute Reinhardt (Stv. Schriftführung)



Gertrude Pleimer (links) und Ingeborg Brenner wurden für 30 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Mit auf dem Foto sind v.l.n.r. Siegfried Hartmann, Gottfried Steffan, Toni Steinmetz und Christian Schörkhuber (Stv. Landesvorsitzender PV-OÖ).

WEIHNACHTSFEIER 2025

Die erste Bewährungsprobe folgte gleich mit der Weihnachtsfeier 2025 – und sie ist hervorragend gelungen. So viel Engagement, so viele helfende Hände und eine wirklich stimmungsvolle gemeinsame Zeit haben gezeigt, wie stark und lebendig unser Verband ist. Dieses Miteinander war eine wunderbare Einstimmung auf die bevorstehenden Festtage.

KLAUSUR 2026

Am 10. Jänner 2026 fand unsere erste Klausur mit 16 Teilnehmer:innen im GH Zöchling statt. Dabei legten wir wichtige Grundsätze fest und besprachen unsere gemeinsame Arbeitsweise.

Für den PVÖ Kronstorf-Hargelsberg stehen drei Bereiche im Mittelpunkt: Gemeinschaft, die Freude schafft und Einsamkeit vorbeugt; Gesundheit, für die wir uns mit Unterstützung bei Arzt-, OP- und Pflege Themen einsetzen; sowie vielfältige Angebote. Mit über 140 Terminen bieten wir Fitness-Aktivitäten, Kulturveranstaltungen, Ausflüge, Reisen und Feste an. Zusätzlich unterstützen wir im sozialen Bereich, etwa bei Fragen zu Pflegegeld, Behinderung und Fördermöglichkeiten.



KRONSTORF UMFRAGE - ERSTE ERGEBNISSE

Kronstorf befindet sich im Wandel – neue Wohnräume entstehen, Angebote entwickeln sich weiter, und die Bevölkerung wächst. Die laufende Umfrage ist bereits gut gestartet, und zahlreiche Rückmeldungen sind eingelangt. Der Online-Link bleibt dauerhaft aktiv, sodass Sie jederzeit spontan Ihre Eindrücke teilen können.

In den kommenden Wochen werden im gesamten Ortsgebiet Plakate mit QR-Codes angebracht. Darüber können Sie unkompliziert Fotos hochladen, Missstände dokumentieren, Verbesserungsbedarf aufzeigen oder einfach Ihre Meinung mitteilen. Der QR-Code führt direkt auf unsere Website.

In dieser Ausgabe fassen wir erste wiederkehrende Anregungen zusammen und geben einen Überblick über die Themen, die Kronstorf derzeit beschäftigen.



FREIZEIT

Die Rückmeldungen zeigen ein sehr stimmiges Bild: Viele wünschen sich zusätzliche offene Freizeitangebote – etwa unkomplizierte Kurse in freien Räumen, Aktivitäten an der Enns oder Formate für Alleinstehende und Anfänger:innen. Auch kulturell besteht Interesse an mehr Festen und Live-Musik.

Besonders deutlich wird, dass Jugendliche zusätzliche Angebote brauchen – und dass diese wichtige Aufgabe nicht allein auf bestehende Strukturen oder engagierte Gruppen abgewälzt werden kann. Gerade weil es dabei auch um echte Freiräume geht, braucht es Orte und Formate, die unabhängig zugänglich sind und jungen Menschen Raum für Entwicklung bieten. Familien fühlen sich insgesamt gut versorgt, sehen aber Potenzial für einzelne Ergänzungen.



WOHNRAUM

Die Themen Wohnen und Wohnraum wurden in der Umfrage differenziert betrachtet. Auf die Frage, ob bezahlbarer Wohnraum ausreichend vorhanden sei, gingen die Antworten auseinander: Rund 42 % bejahten dies, ebenso viele verneinten es, während 16 % andere Aspekte nannten. Bei der Frage nach konkreten Bedürfnissen zeigt sich ein vielfältiges Bild: Besonders häufig genannt wurden Eigentums Optionen für junge Paare und Familien, Baugründe, gefolgt von Mietwohnungen für Familien und Alleinstehende. Auch Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, gemeinschaftliches Wohnen und altersgerechte Angebote für Senior:innen wurden mehrfach angeregt.



INFORMATION

Mehrfach wurde der Wunsch nach einer intensiveren Kommunikation im Vorfeld größerer Projekte geäußert. Besonders im Zusammenhang mit der neuen Wohnsiedlung in Thaling, Google & DM wurde die Einbindung der Bürger:innen als nicht ausreichend empfunden. Zudem wurde wiederholt der Wunsch nach einer digitalen Beteiligungsplattform und regelmäßigen Umfragen genannt, um Anliegen unkomplizierter einbringen zu können.



KINDERBETREUUNG

Im Bereich der Kinderbetreuung zeigt sich vor allem der Wunsch nach verlässlicher und stabiler Betreuung. Rückmeldungen machen deutlich, dass organisatorische Änderungen für Familien oft eine Herausforderung darstellen. Zusätzlich besteht Bedarf an Angeboten für Kleinkinder und Neugeborene sowie der Wunsch nach mehr Parkmöglichkeiten vor dem Kindergarten. Genannt wurde auch der Bedarf an zusätzlichen Freizeitflächen und Spielplätzen für Kinder – besonders im Ortsteil Thaling.



INFRASTRUKTUR & VERKEHR

In Kronstorf nutzen viele den öffentlichen Verkehr, die bestehenden Anbindungen werden jedoch als unzureichend wahrgenommen. Besonders am Wochenende werden häufigere Fahrzeiten gewünscht. Angemerkt werden Verspätungen, schlechte Umstiegsmöglichkeiten und fehlende digitale Anzeigetafeln. Die Anbindung an die Universitäten gilt als besonders unbefriedigend.

Auch in der Infrastruktur gibt es Verbesserungspotential.

Genannt werden der Bedarf an mehr Sitzgelegenheiten im Gemeindegebiet und der Wunsch nach weiterer hausärztlicher Versorgung, da Kronstorf wächst. Der Marktplatz soll autofrei gestaltet werden, da die aktuelle Lösung mit einem zentralen Parkplatz als wenig attraktiv empfunden wird. Die B309 wird als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Der Stadtplatz in St. Valentin wird mehrfach als positives Beispiel für gelungene Ortsgestaltung genannt. Zudem wünschen sich viele mehr Gemeinschaftsflächen, zusätzliche Hundestationen und Müllbehälter, damit Müll nicht auf öffentlichen Flächen verbleibt sowie eine WC-Lösung am Gemeindefriedhof.

Im Bereich Mobilität werden sicherere und übersichtlichere Radwege gefordert. Rund um die Schule soll die Verkehrssituation weiter entschärft werden, damit weniger Autos im direkten Umfeld der Kinder unterwegs sind.

BUDGETKRISE - DAS RINGEN DER GEMEINDEN UM FINANZIELLE LUFT NIMMT KEIN ENDE



Sabrina Klausberger

Die derzeitige finanzielle Lage der oberösterreichischen Gemeinden ist prekär. Mehr als die Hälfte wird 2026 ihr Budget nicht mehr ausgleichen können. Das ist kein Einzelfallproblem, sondern ein strukturelles: Die Transferverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind überholt, die Aufgaben und Abgaben wachsen schneller als die Mittel, und die oberösterreichische Landesregierung belastet seine Gemeinden mit den höchsten Landesumlagen im Bundesvergleich. Viele Kommunen können ihre Aufgaben nur noch durch strikteste Sparmaßnahmen erfüllen.

Teuerung, sinkende Einnahmen und steigende Landesforderungen

Die enorme Teuerung bei Energie, Bau und Personal hat die Gemeinden in den letzten Jahren massiv unter Druck gesetzt. Gleichzeitig verlangt das Land OÖ seit Jahren höhere Beiträge, als wir durch eigene Einnahmen überhaupt ausgleichen können. Und das Absurde daran: Im besten Fall bekommen wir später einen Bruchteil jenes Geldes zurück, das wir zuvor selbst abgeführt haben – allerdings nur, wenn wir es beantragen. Wir werden damit zu Bittstellern für Mittel, die ursprünglich aus unseren eigenen Gemeindebudgets stammen.

Härteausgleich: Ein Rettungsanker, der keiner ist

Hier kommt der Härteausgleich ins Spiel: Er wird gerne als finanzielle Unterstützung verkauft, ist in der Praxis aber ein Instrument strenger Auflagen. Sobald Gemeinden nicht mehr „ausgleichen“ können, beginnt folgendes Verfahren:

Wir müssen nachweisen, dass wirklich alles gekürzt wurde, was kürzbar ist – von freiwilligen Leistungen über Infrastrukturvorhaben bis hin zu laufenden Ausgaben. Erst wenn Kultur, Jugend, Sport und soziale Angebote spürbar reduziert wurden, gilt eine Gemeinde überhaupt als „härteausgleichsreif“. Dazu kommt ein engmaschiger Kontrollmechanismus: Das Land verlangt detaillierte Haushaltspläne, mehrjährige Prognosen und Begründungen für jede Ausgabe. Investitionen – selbst kleinere – stehen unter Genehmigungsvorbehalt. Lokale Prioritäten verlieren an Bedeutung, weil das Land vorgibt, was „notwendig“ ist und was nicht.

Auch strukturelle Maßnahmen werden eingefordert: höhere Gebühren, Einsparungen beim Personal, Zusammenlegung oder Reduktion von Leistungen. Gemeinden müssen jährlich berichten, welche Kürzungen umgesetzt wurden und wo noch weiter gespart werden kann.

Kurz gesagt: Wer im Härteausgleich landet, verliert einen wesentlichen Teil seiner Selbstbestimmung und wird zum Verwalter eines Mangels, den das Land selbst erzeugt hat.

Macht ohne Einfluss

Trotz dieser Lage bleibt ein politisches Gegensteuern auf Landesebene aus. Bemerkenswert ist die Rolle der kommunalen Verantwortungsträger:innen: Rund 75% der Bürgermeister:innen in OÖ gehören der ÖVP an. Dass diese enorme kommunale Hausmacht keine Kurskorrektur bei der Landesregierung erzwingt, zeigt ein strukturelles Problem: Entweder wiegt parteiinterne Loyalität schwerer als der Einsatz für echte Gemeindeautonomie – oder die parteiinternen Strukturen sind so hierarchisch organisiert, dass selbst eine überwältigende Mehrheit an Bürgermeister:innen kaum Einfluss auf die Landespolitik hat. Beides ist für uns als Gemeinde problematisch.

Die notwendigen Schritte – und warum sie längst bereitliegen

Die SPÖ hat konkrete Maßnahmen vorgelegt, die sofort Entlastung bringen würden: eine Senkung der Landesumlage auf den Bundesschnitt, niedrigere Krankenanstaltenbeiträge, eine gerechtere Mittelverteilung zwischen kleinen Gemeinden und regionalen Zentren sowie mehr Mitspracherecht im Gesundheits- und Sozialbereich.

Was fehlt, ist der politische Wille der Landesregierung, sich an der Realität zu orientieren.



Foto: MecGreenie

Mehr Energie:

SPÖ OÖ startet motiviert ins Jahr 2026

Mit dem Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich überwinden wir den Stillstand

Hohe Energiekosten, steigende Wohnpreise, Gemeinden am finanziellen Abgrund und ein Gesundheitssystem am Limit belasten unsere Haushalte und Betriebe. Die SPÖ OÖ steht auch 2026 bereit, mit Martin Winkler an der Spitze einen politischen Kurswechsel einzuschlagen, der OÖ wirtschaftlich stark und reicher, energiepolitisch unabhängig und sozial gerechter macht.

DIE JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DER SPÖ OÖ

Bei der traditionellen Jahresauftaktklausur des Vorstands der SPÖ OÖ stellten wir die Weichen für das politische Jahr 2026. Denn bei uns gilt: Jede Stimme zählt, jede Meinung wird gehört. Der offene und respektvolle Austausch zwischen Jung und Alt, Stadt und Land und den unterschiedlichen Organisationen macht unsere Partei politisch so kraftvoll.

DER WINKLER-PLAN FÜR EIN STARKES OÖ

Mit dem Winkler-Plan formulieren wir unseren Anspruch für 2026:

Energie: OÖ zahlt viel zu hohe Stromrechnungen. „Wir haben Wasser, Berge, Sonne und Wind. Das müssen wir nutzen, damit Energie wieder leistbar wird. Mit Kombikraftwerken aus Wind und PV mit Batteriespeichern erzeugen wir Energie aus der Region für die Region. So werden wir unabhängig vom Ausland und der Strompreis sinkt durch mehr Angebot“, erklärt Martin Winkler.

Wohnbau: „Die Wohnbaumilliarde wurde weit nicht ausgeschöpft und mehr als 74 Mio. Euro sind bereits verloren, weil sie vom FPÖ-LH-Stv. nicht abgeholt wurden. Wir werden mehr Wohnungen bauen und fertig geplante Bauprojekte endlich umsetzen. Damit schaffen wir leistbaren Wohnraum und sichern Aufträge für regionale Betriebe“, so Winkler.

Gemeindefinanzen: Starke Gemeinden sind das Rückgrat von OÖ. Martin Winkler betont: „Wenn wir die Umlagen an das Land an den Bundesdurchschnitt anpassen, hätten die oö. Gemeinden rund 220 Mio. Euro mehr pro Jahr zur Verfügung. Dieses Geld ist in den Gemeinden besser aufgehoben und kann in regionale Wirtschaft und Infrastruktur fließen.“

Gesundheit: Die SPÖ OÖ steht für ein Gesundheitssystem, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, und das sowohl auf Personal- als auch auf Patientinnen- und Patientenseite. Es soll unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort wieder verlässlich für alle funktionieren.

GEMEINSAM RICHTUNG 2027

Die SPÖ Oberösterreich sucht auch 2026 verstärkt den Austausch mit den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern. „Wir sind ein starkes Team und wollen Politik auf Augenhöhe machen. Zuhören, Probleme lösen und OÖ stark machen, das ist unser Weg“, betont Martin Winkler. 2027 entscheiden die Menschen über den neuen Kurs für Oberösterreich.



derwinklerplan.at

WIE LANGE WOLLEN WIR UNS DAS NOCH LEISTEN?



Toni Steinmetz

Schäden von über 23 Millionen Euro hat die „Taskforce Sozialleistungsbetrug“ im Jahr 2024 aufgedeckt. Der zuständige Innenminister jubelt und die Medien feiern die Aufklärungsquote von 99,5 %.

Dass Missbrauch nicht hingenommen werden darf, steht außer Frage. Gleichzeitig entsteht jedoch der Eindruck, als wäre Sozialleistungsbetrug eines der größten Probleme des Landes.

Vor allem Politiker:innen der FPÖ und ÖVP schlagen in diese Kerbe. Medien tragen zur Empörung bei, wenn es um Missbrauch bei Arbeitslosengeld, Mindestsicherung oder Ausgleichszulagen geht. Damit lenken sie geschickt von den wirklichen Problemen ab, und andere, deutlich größere, Herausforderungen geraten aus dem Blick.

Denn: Die Steuerverweigerung von Konzernen beträgt ungefähr das 60-Fache des Sozialleistungsbetruges.

Der Lohnraub aufgrund nicht bezahlter Überstunden erreicht sogar das 100-fache an entfallenen Steuern und Sozialbeiträgen. Dennoch gibt es dafür keine eigene Taskforce. In Zeiten der ÖVP-Finanzminister waren Finanzpolizei und Steuerprüfung chronisch unterbesetzt – ein Hinweis darauf, dass hier systematisch gespart wurde. Warum war das nie ein Thema für Kickl und die FPÖ?

Eine Vermögenssteuer auf europäischem Durchschnittsniveau für die 10 reichsten Personen in Österreich würde etwa 5,5 Milliarden Euro im Jahr bringen. Diese Menschen würden trotzdem jedes Jahr reicher werden – nur nicht mehr so viel. Rund 70 % der Bevölkerung sprechen sich in Umfragen für eine Millionärssteuer aus. Trotzdem findet diese SPÖ-Forderung bei den anderen Parteien keine Unterstützung. **Warum wohl?**

Dass die besonders Vermögenden anteilmäßig deutlich weniger zur Finanzierung der Kinderbetreuung, der Bildung, der Pflege, der Gesundheit und der öffentlichen Infrastruktur beitragen, könnte man auch als eine Art „Sozialleistungs-Ausnutzung“ sehen.





Diana Andraschko

FEMIZIDE – EIN NATIONALER NOTSTAND

Die Statistik ist beschämend: 25 Frauenmorde im Jahr 2025 und bereits zwei Femizide im jungen Jahr 2026. Hinter jeder Zahl steht ein Schicksal, ein Mensch. Diese Taten fallen nicht vom Himmel; sie sind die Spitze eines Eisbergs aus struktureller Abhängigkeit und Sexismus.

Als SPÖ stehen wir für eine Gesellschaft, in der Frauen frei und sicher leben können. Doch diese Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Wir fordern ein Ende der Symbolpolitik und eine dauerhafte, krisenfeste Finanzierung von Schutzeinrichtungen. Besonders wichtig ist uns der regionale Bezug hier in Linz-Land. Wir unterstützen die Forderung nach mehr Beratungsstellen direkt in den Bezirken, um die Hürden für Betroffene so gering wie möglich zu halten. Politik muss handeln – aber wir alle müssen hinsehen. Gewalt gegen Frauen ist keine „Privatsache“.

Wenn Sie in Ihrem Umfeld Anzeichen von Gewalt bemerken, bieten Expertinnen und Experten in unserer Region diskrete Unterstützung an.



Frauenhaus Linz: 0732/60 67 00
Gewaltschutzzentrum OÖ: 0732/60 77 60
Frauenhelpline (24h): 0800/222 555
Frauennetzwerk Linz-Land (Enns): 0664/731 751 73
Polizei-Notruf: 133

DOXING - PRIVATE DATEN ALS WAFFE

Doxing bedeutet, dass private Daten veröffentlicht werden, die eindeutig nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind: Adressen, Fotos von Wohnhäusern, Arbeitsorte, Telefonnummern oder sogar Informationen über Kinder und Angehörige. Damit wird ein geschützter Lebensbereich aufgebrochen und Menschen werden für Fremde sichtbar, die diese Informationen missbrauchen können.

Besonders betroffen sind Frauen, politisch Engagierte und Personen, die öffentlich Position beziehen. Das Ziel solcher Angriffe ist klar: Man will Druck erzeugen, Verunsicherung schaffen und Menschen mundtot machen. Die Folgen sind unmittelbar spürbar – für die Betroffenen selbst und für ihre Familien.

Rechtlich ist die Lage unzureichend. Doxing ist eine moderne Form digitaler Gewalt, wird aber noch immer wie ein Randthema behandelt. Einzelne Paragraphen decken das Problem nicht ab, und Betroffene bleiben oft ohne wirksame Handhabe einer realen Gefahr ausgesetzt.

Als SPÖ Kronstorf halten wir fest: Doxing ist ein gezielter Angriff auf Sicherheit und Privatsphäre. Es braucht eine klare strafrechtliche Regelung, die diese Form digitaler Gewalt eindeutig erfasst und konsequent verfolgt.

SPÖ TERMINE 2026

PUBQUIZ

12.02.2026 - 18:30 Uhr

Cafe Ingrid

Max. 5 Personen pro Team

Anmeldung unter: 0664/5533310



OSTEREVENT

04.04.2026 - 15:00 Uhr

Spiel und Spaß

Schulgarten



DÄMMERSCHOPPEN & MAIFEIER

30.04.2026 - 18:00 Uhr

Marktplatz Kronstorf

mit dem Musikverein Kronstorf



HALLOWEEN FACKELUMZUG

31.10.2026 - 17:30 Uhr

ARBÖ Heim

Verkleidung erwünscht



IMPRESSUM

SPÖ Kronstorf

Orchideenstraße 4, 4484 Kronstorf

Auflage: 1.600; Druck: peha-Druck; Foto: CANVA, Privat